

sieht fest: Die Dankbarkeit gegenüber unseren Pulsnitzer Schülgen, die zur Verschönerung des Lausitzer Helmtabern im Kristallpalast ihr wesentliches Teil beigetragen und durch ihren Besuch ein neues Band zwischen Heimat und Heimatgenossen geknüpft haben. Also nochmals recht herzlichen Dank unserer heimatlischen Schützengilde und auf ein frohes Wiedersehen!
Eugen Fleischer.

(Hausbesitz und Reichstagswahlen.) Der Verband der Sächsischen Grund- und Hausbesitzervereine schreibt uns: Durch verschiedene Tageszeitungen des Reiches und Sachsen ging vor einigen Tagen die Mitteilung, daß der „Reichsverband der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands“ in einer Vorstandssitzung in Halle an die politischen Parteien die Forderung gerichtet habe, Vertreter des „Reichsverbandes“ an aussichtsreicher Stelle bei der Reichstagswahl zu berücksichtigen, und daß der Verband beabsichtige, eine selbständige Haus- und Grundbesitzerpartei zu gründen, falls dieses Verlangen abgelehnt werde. Die Ueberschriften, die dieser Meldung in den Tageszeitungen gegeben wurden, ließen zum Teil darauf schließen, daß der genannte Verband die ausschlaggebende organisatorische Vertretung des deutschen Hausbesitzes darstelle und daß somit der deutsch Hausbesitz neben den vielen Splitterparteien bei der kommenden Reichstagswahl noch eine neue gründen wolle. Diese Schlussfolgerungen sind unzutreffend. Der „Reichsverband der Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands“ ist erst vor etwa 3 Jahren gegründet worden und umfaßt nur wenige tausend Mitglieder, meist in Thüringen und in Schlesien. Die führende Spitzenorganisation des deutschen Hausbesitzes ist der Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine mit nahezu einer Million Einzelmitgliedern, die in über 2500 örtlichen Organisationen zusammengeschlossen sind. Dieser Organisation gehört auch der Verband der Sächsischen Grund- und Hausbesitzervereine mit seinen 506 Vereinen und mehr als 100 000 Einzelmitgliedern an. Weder der Zentralverband noch eine der ihm angeschlossenen Landesorganisationen billigen den Beschluß des „Reichsverbandes“. Auch haben der Zentralverband und seine Unterverbände niemals den Gedanken erwogen, zur Reichstagswahl mit eigenen Listen zu kandidieren oder eine eigene Partei zu gründen. Es liegt darum kein Anlaß vor, die Wählerchaft von vornherein mit angebliehen Parteigründungsabsichten des Hausbesitzers zu beunruhigen. Wie wenig erfolgreich die politischen Bemühungen des oben erwähnten „Reichsverbandes“ übrigens sind, beweist die Tatsache, die der sächsischen Wählerchaft noch Erinnerung sein dürfte, daß Liste 12 der Landtagswahl vom Oktober 1926, die auf Veranlassung und mit Hilfe des „Reichsverbandes“ zustande gekommen war, keinen ihrer Kandidaten durchbringen konnte.

(Geschirrhalter — Geschirrführer.) Der § 3 der Sächsischen Straßenverkehrsordnung vom 15. Juli 1927 lautet: Kennzeichnung der Fuhrwerke. Bespannte Lastfuhrwerke, einschließlich der bespannten Lastkraftwagen, sowie die für den Gewerbebetrieb im Umherziehen und die als Wohnwagen benutzten Fuhrwerke sind auf der linken Seite des Fuhrwerkes oder an dem Geschirr des linken Zugtieres mit einer deutlich lesbaren, unverwischbaren Aufschrift zu versehen, die den Vor- und Zunamen, sowie den Wohnort des Fuhrwerkbesitzers (Firma und ihren Sitz) angibt. Hat der Eigentümer oder Halter mehrere derartige Fuhrwerke in Betrieb, so sind diese überdies mit einer besonderen Nummer zu versehen. Als Lastkraftwagen gelten auch die Hundewagen. Es besteht nun vielfach die Ansicht, daß es auch genügt, wenn der Name oder die Firma vorn oder hinten am Wagen angebracht ist. Dies ist zwar zulässig, entspricht aber keinesfalls der Vorschrift. Bei Nichtbeachtung dieser Verordnung macht sich nicht nur der Geschirrführer, sondern auch der Geschirrhalter (Besitzer) strafbar.

Ramenz. (Landesverband der Kriegesbeschädigten.) Im Saale des Fremdenhofes Lehmann fand am vorigen Sonntag nachmittags die Jahreshauptversammlung der Bezirksgruppe Ramenz des Landesverbandes der Kriegesbeschädigten und Kriegerverwundeten des Sächsischen Militärvereinsbundes (S. V.) im Deutschen Reichsriegerbund Kuffhäuser statt. Trotz der Ungunst der Witterung war der Besuch aus allen Teilen des Bezirkes sehr gut, ein Zeugnis dafür, wach lebhaftes Interesse die Mitglieder dem Bestehen und der Tätigkeit der Bezirksgruppe des Landesverbandes entgegen bringen. Der Landesverband Sachsen war vertreten durch Herrn Kreisvertreter Betrich (Wauzen), während von der Reichsgeschäftsstelle des Deutschen Reichsriegerbundes Kuffhäuser Herr Major a. D. Gottschalk (Berlin) als Abgeordneter erschienen war. Der vom Bezirksobmann Altmann (Pulsnitz) erhaltene Jahresbericht ließ erkennen, daß die Bezirksgruppe im verfloffenen Jahre für die von ihr betreuten Kameradinnen und Kameraden und auch in organisatorischer Hinsicht recht erfolgreiche Arbeit geleistet hat. Daß die Leitung der Gruppe sich in guten Händen befindet, wurde hervorgehoben durch den Vertreter des Landesverbandes und der Reichsgeschäftsstelle. Den Mittelpunkt der Tagung bildete ein Vortrag des Vertreters der Reichsgeschäftsstelle. Der Redner verstand es in trefflicher Weise, die vielfältigen gesellschaftlichen Bestimmungen des gesamten Versorgungs- und Fürsorgewesens unter Berücksichtigung der neuesten Änderungen klar und allgemein verständlich vor Augen zu führen. Die in der anschließenden Aussprache von der Versammlung an den Redner gestellten zahlreichen Anfragen über die verschiedenartigen Einzelfälle beantwortete er in ausgiebiger Weise. Die Versammlung war getragen von guter harmonischer Kameradschaft. Möge die Bezirksgruppe sich auch fernerhin in der bisherigen Weise weiter entwickeln und fruchtbringend zum Wohle der Kriegesopfer und dadurch zum Wohle unseres deutschen Vaterlandes arbeiten. Daß es auf diesem Wege im letzten Jahre vorwärts ging, war die Ueberzeugung aller Versammlungsteilnehmer.

Königsbrück. (25 Jahre Bürgermeister von Königsbrück.) Heute, Donnerstag, vollendet Herr Bürgermeister Lehmann eine 25-jährige Amtszeit als Bürgermeister der Stadt Königsbrück. Der Jubilar war 1887 bis 1899 bei verschiedenen Stadtverwaltungen tätig und übernahm am 1. März 1899 die Leitung der Indulgiergemeinde Glesfeld i. Vogtl. Am 16. Februar 1903 wurde er als Bürgermeister unserer Stadt verpflichtet und hat seitdem die Geschicke der Stadt in vorbildlichster und erfolgreichster Weise geleitet.

Leppersdorf. (Goldene Hochzeit.) Am 10. Februar konnte im Kreise seiner Kinder der Invalide Herr August Gneuß und Frau in körperlicher und geistiger Frische das Fest der goldenen Hochzeit begehen.

Bauken. (Belohnter Lebensretter.) Die Kreisbauernschaft Bauken hat dem Zimmermann Friedrich Neumann in Rattwitz, der am 28. Dezember v. J. einen Mann unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet hatte, für diese mutige Tat eine Geldbelohnung zugestanden.

Dresden. (Das Landeswahlrecht.) Durch eine Zufallsmehrheit wurde vom Landtag beschlossen, am Donnerstag die sozialistischen und kommunistischen Anträge auf Abänderung des sächsischen Landeswahlrechts zu behandeln. Dieser Beschluß dürfte aber zu Beginn der Donnerstagssitzung wieder aufgehoben werden, da die Koalitionsparteien entschlossen sind, eine Verhandlung der Anträge vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofs nicht vorzunehmen.

Chemnitz. (Mordversuch.) Der in der Uferstraße 25 wohnhafte 31-jährige Schlosser Krusche verfuhrte seine 45-jährige Ehefrau, die ein Filialgeschäft der Genossenschaftsmolkerei führt, im Nebenraum zur Ladentür zu erschließen. Während sich Krusche im Laden befand, verlor er seine Frau mit einem Schuß in die rechte Brustseite schwer, so daß sie sofort ins Krankenhaus übergeführt werden mußte. Der Täter wurde verhaftet. Eheliche Zwistigkeiten sollen die Ursache der Tat sein.

Falkenstein. (400 000 Mark für Wohnungsbau in Falkenstein.) Die Stadtverordnetenversammlung stimmte in ihrer letzten Sitzung der Aufnahme einer Anleihe von 200 000 Mark für die Durchführung des Wohnungsbauprogramms für 1928 zu. Stadtrat und Bauausschuß planten die Schaffung von 74 Wohnungen und einer Wohnbarade, wofür insgesamt 400 000 Mark aufzuwenden wären, hiervon sollen 200 000 durch Anleihe aufgebracht werden.

Freiberg. (Ein neues Mitglied der Landeseshode.) Zum Mitglied der Landeseshode wurde Superintendent Oberkirchenrat D. Lehmann, Freiberg i. Sa., ernannt.

Leipzig. (Mißglückter Überfall.) Ein unbekannt gebliebener Täter hat in einem Laden in Leipzig-Connewitz der Ladeninhaberin einen Revolver vorgehalten und hat sie aufgefordert, die Ladentasse abzugeben. Dieser Aufforderung ist die Frau nicht nachgegeben, vielmehr hat sie um Hilfe gerufen und darauf ist der Unbekannte schnell verschwunden.

Lichtentanne. (Zu Tode geschleift.) Ein schweres Unglück, dem leider ein Menschenleben zum Opfer fiel, hat sich hier ereignet. Als der 18-jährige Sohn des Landwirts Friedrich aus Fraureuth die Pferde seines Gespannes über die Brücke an der Kohlenstraße führte, stürzte er und wurde von den Pferden mitgeschleift, wobei er so schwere Verletzungen erlitt, daß er bald darauf im Krankenhaus starb.

Die Arbeit der Landtagsausschüsse.

Im Haushaltsausschuß A des Sächsischen Landtages wurde die Beratung über einige Anträge betr. Hilfsmaßnahmen für die sächsische Landwirtschaft fortgesetzt. Die Regierung hat über dieses Gebiet eine Denkschrift vorgelegt, in der die mannigfaltigen Hilfsleistungen, die wegen der ungünstigen Witterungsverhältnisse der letzten Jahre notwendig waren, dargestellt werden. Nach längerer Aussprache wurden die kommunisistischen und deutschnationalen Anträge abgelehnt, weil sie durch die Regierungserklärungen als erledigt bezeichnet wurden.

Der volksparteiliche Abgeordnete Voigt legte einen Antrag vor, nach dem die Regierung ersucht werden soll, dafür zu sorgen, daß über Gerichtsverhandlungen, die Zitteltischgebiete betreffen, wie gegenwärtig in Berlin, die Presseberichterstattung auf ein Mindestmaß beschränkt wird. Die Abstimmung wurde ausgesetzt.

Milchpropaganda in Sachsen.

Der Sächsische Landesmilchsausschuß hat eine Kopie des Trichtfilms „Hänschen Rettung“ angekauft. Der etwa 100 Meter lange Film eignet sich besonders für die Schulpropaganda. Er zeigt, wie ein unterernährter Junge durch die Schulmilchspeisung zu einem munteren, fleißigen und fröhlichen Schüler wird. — Der Film wird gratis verliehen. — Ferner stehen aus dem bekannten großen Milchfilm „Die Milch, eine Quelle der Volkskraft“ drei Auszüge zur Verfügung: 1. Die Bedeutung der Milch. 2. Die Milchbildung im Euter. 3. Die Verarbeitung der Milch zu Butter und Käse. Die Filme sind jeder für sich vollständig abgeköpft, haben je eine Länge von 300 bis 500 Meter und kosten 15 Mark pro Film und Vorführung. Die Filme sind als „Lehrfilme“ anerkannt und können deshalb steuerfrei öffentlich vorgeführt werden.

Zur Unterstützung der Vortragsstätigkeit, besonders bei den örtlichen Ausschüssen, hat der Reichsmilchsausschuß einen Plan für eine Schriftreihe aufgestellt. Diese wird systematisch das gesamte weite Gebiet der Milch und ihrer Erzeugnisse, insbesondere von Butter und Käse, behandeln und gemeinverständlich gehalten sein. Kammerfachleute sind Mitarbeiter. Als erstes Werk erschien soeben „Etwas über die Milch und ihren Verbrauch“ von E. Schöck. Preis des Heftes 20 Pfennig.

Als neuestes Werbemittel hat der Sächsische Landesmilchsausschuß kürzlich Rezeptzettel in fünf verschiedenen Sorten in Halbquartgröße herausgegeben, die links ein Werbebildchen und rechts vier vorzügliche, ausprobierte bürgerliche Rezepte für Milchspeisen enthalten. Preis für 1000 Zettel 3,25 Mark ab Dresden. Sämtliche Filme, Druckchriften sowie Werbematerial aller Art sind ausschließlich beim Sächsischen Landesmilchsausschuß, Dresden-N., Gr. Meißener Straße 15, anzufordern.

Voraussetzliche Einigung zwischen den sächsischen Koalitionsparteien.

Die zur Beilegung der zwischen der Volkspartei und der Wirtschaftspartei entstandenen Meinungsverschiedenheiten eingesezte Kleine Kommission der Regierungsparteien trat im Landtag zusammen. Es wurde zunächst über die Stellung der Volkspartei auf Aufhebung der Abföhrungsverordnung in der Wohnungszwangswirtschaft für Chemnitz beraten. Nach längeren Verhandlungen gelangte man insofern zu einer Einigung, als von allen Parteien anerkannt wurde, daß sich in Chemnitz wie auch in anderen Orten bei der Föhrungsverordnung erhebliche Mißstände ergeben haben, deren Beseitigung notwendig ist.

Späterhin verhandelte die Kleine Kommission über

die Stellung der Wirtschaftspartei auf Erhöhung des Hausbesitzanteils um 4% Prozent aus der gesetzlichen Miete. Zu einer Einigung über diesen Punkt ist man noch nicht gelangt.

Die Aussperrung in der Metallindustrie.

Der Verband der Metallindustriellen, Bezirk Dresden, hat in seiner Generalversammlung einmütig beschlossen, die Abwehrmaßnahmen des Gesamtverbandes zugunsten des befreiten Mitteldeutschlands nachdrücklich zu unterstützen. Der Verband wendet sich in einer längeren Erklärung an die Öffentlichkeit, in der diese Stellungnahme begründet und dem Reichsarbeitsminister wegen seines Verhaltens heftige Vorwürfe gemacht werden.

Ende dieser Woche werden bereits entsprechende Bekanntmachungen in den einzelnen Betrieben erfolgen, so daß, falls nicht das für Freitag angelegte Verfahren zu einem Ergebnis führen sollte, die Aussperrung auch in der sächsischen Metallindustrie am kommenden Mittwoch, den 22. Februar, Tatsache werden würde.

In den beteiligten Kreisen hofft man allerdings, daß in den neuen Schlichtungsverhandlungen ein Weg gefunden wird, um die Massenausperrung und die unübersehbaren Folgen dieser Maßnahme für die deutsche Gesamtwirtschaft zu verhindern.

Lohnschwierigkeiten in der Oberlausiger Steinindustrie.

Nachdem im Verlauf der vergangenen Woche die Steinmetzen der Steinschleifereien ihren Arbeitstarif gekündigt und Verhandlungen gefordert hatten, fanden in Lößnitz zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern Tarifverhandlungen statt, die jedoch scheiterten. Die Arbeitnehmer lehnten die von den Arbeitgebern vorgeschlagenen Mindestlöhne ab: 74,5 Pf. für Steinmetzen, 69,3 Pf. für Schleifer und 60,0 Pf. für Hilfsarbeiter ab. Die Anforderungen sollten um 5 Prozent mit Ausnahme der geschnitten und geprengten Arbeiten erhöht werden. Durch diese Ablehnung ist damit zu rechnen, daß der Lohnkampfschärfere Formen annimmt, sobald die von den Arbeitgebern ausgesprochenen Kündigungen abgelaufen sind.

Das Reichsschulgesetz gescheitert.

Berlin. Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien des Reichstages, der das Reichsschulgesetz zu behandeln hatte, trat am Mittwoch vormittag zu einer letzten Sitzung zusammen, an der auch Vizkanzler Hergt und Reichsminister von Reubell teilnahmen. Die Sitzung war nur ganz kurz und wurde gleich wieder aufgehoben. Es wurde erklärt, daß die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz gescheitert seien.

Zu den abgebrochenen Verhandlungen des Interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien des Reichstages verlautet von parlamentarischer Seite folgendes: Abgeordneter von Guérard (Str.) stellte unter der Zustimmung der anderen Parteiführer fest, daß die Verhandlungen über das Reichsschulgesetz eine Aussicht jetzt nicht bieten. Abgeordneter Graf Westarp schloß die Sitzung mit dem Ausdruck des Dankes an die Koalitionmitglieder und mit dem Ausdruck des Bedauerns, daß das große Werk in diesem Augenblick nicht ganz erledigt werden könne. Hinsichtlich des Schicksals des Reichsschulgesetzes nannte Graf Westarp noch folgende Möglichkeiten:

daß es entweder von der Reichsregierung zurückgezogen wird, oder daß der Ausschuß mit dieser Tagesordnung nicht mehr zusammentritt, oder daß die Entscheidung über das Gesetz in offener Feldschlacht im Reichstag gefällt würde.

Der Vorsitzende des Bildungsausschusses, Abgeordneter Dr. Mumm, gab einem Pressevertreter gegenüber seiner Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß der Kampf um das Reichsschulgesetz der erste große Kampf bei der Regierungsbildung im neuen Reichstag sein werde.

Eine Erklärung der Deutschnationalen.

Die Deutschnationale Volkspartei hat zu dem Scheitern des Schulgesetzes eine Erklärung abgegeben, in der es heißt, daß alle Bemühungen des Reichsinnenministers von Reubell und der anderen deutschnationalen Ausschußmitglieder und alles Entgegenkommen vergeblich gewesen seien. Die Deutsche Volkspartei habe eine unnachgiebige Haltung gezeigt. Sache der christlichen Elternschaft sei es nunmehr, alle Kräfte anzupressen, um der Forderung eines christlichen Schulgesetzes neue Wege zu bahnen.

Die Entscheidung liegt beim Reichskabinet.

Ueber die Sitzung der Parteiführer der Regierungsparteien wird mitgeteilt: Am Mittwoch fand eine Besprechung der Parteiführer der Regierungsparteien des Reichstages mit den Kabinettsmitgliedern über die durch den Abbruch der Verhandlungen über das Reichsschulgesetz geschaffene Lage statt. Man war sich einig, daß es Sache des Reichskabinetts sei, die weiteren Beschlüsse zur Lage zu fassen. Es wird der Versuch gemacht, eine Grundlage zu finden, welche die Erledigung aller dringlichen Aufgaben der Regierungsarbeit ermöglicht.

Was nun?

Aus reparationspolitischen, finanzpolitischen und antilethepolitischen Gründen hält man es für notwendig, daß der Etat mit dem Nachtragsetat, der die Forderungen der Landwirtschaft und der Liquidationsgeschädigten befriedigen soll, rechtzeitig verabschiedet werde. Würde am 25. März gewählt werden, so könnte man den Etat nicht vor dem Juni verabschieden. Das wäre dazu angetan, den Reparationsagenten nach einer Nichtung hin zu beeinflussen, die alles andere als erwünscht wäre.

Die Zentrumswünsche gehen dahin hinaus, eine Grundlage für die Verabschiedung des Etats dadurch zu schaffen, daß man für den Etat eine Mehrheit mit den Oppositionsparteien, Demokraten und Sozialdemokraten, schafft. Dann müßten die Neuwahlen in den Sommer verlegt werden.

Das hier Wahlfrei Sommer Plan w Deuts Lösung

Staat

Da forderungen Sie tan dbringung Auseinand im allgem werden na Berufsamt Chroniker gigen sich einige Be denigen, ordentlich nahme an tritt zurück liche und Dieses Ja Die veran schicht den haben die ihre Schli Wochen er Die Betri leit wird nicht aus bürgerliche und Wich der Progen Es gilt erklären, die Unter persönliche werden ab stand ist entfernte len. Die Nur noch über dem Kollegen daß ihnen Wie im h ddaten A Kluges B das Betr und besch bildet den nach diese ten noch nur für die

Der Lo Am 17. De stößt auf unbedruckte sichtlich minister

Ein Im re ch is fehung Lage in erklärte dng v bisfertig erklärte Ueberle volle, Abgeord Soziald für den Ueberle sprach nächste periode Als Erklär die sach

Die In Es die Ma erhalter lichen wölkern Dr. S schule i die Geb 50 La unten. Dr. Bri sind fol

Den Fra Ita Gro Schy Del Soll Spa Din Schy Fin